



Braunkohlessen 2019 --- ausverkauft.

Straßenausbaubeiträge nicht mehr zeitgemäß

Obwohl wir wg. dem Thema Straßenausbaubeiträge schon mit mehr Gästen gerechnet hatten, konnten wir am Ende annähernd 90 Gäste zum Vortrag von Tibor Herczeg, dem Geschäftsführer des Verbands Wohn-



eigentum Niedersachsen, begrüßen.

Bis etwa 22 Uhr dauerte der Vortrag mit anschließender Diskussion.

Vorab stellte sich Martina Sharman (51) vor. Sie kandidiert auf der CDU-Landesliste für die Wahl zum Europaparlament. Ebenso informierte Oliver Schatta, Abgeordneter der CDU im Nds. Landtag, kurz zur Landespolitik.

Enrico Jahn eröffnet der Abend

Weitere Gästen waren Benno Schünemann (stv. Bürgermeister in Vechelde) und Günter Schmidt (Ortsbürgermeister von Essighausen-Duttenstedt).

Nach unserem Eindruck waren alle Gäste sowohl mit den Beiträgen als auch mit der Bewirtung sehr zufrieden.

Straßenausbaubeiträge der Anlieger sind abzuschaffen. Alle Straßen sind über Steuermittel zu unterhalten. So in Kurzform der Standpunkt von Herrn Herczeg.

Anlieger, die von Anfang an an der Straße wohnen und womöglich im Rahmen der Erschließung bereits die Straße bezahlt haben, sind inzwischen Rentner. Beiträge von 10.000-50.000€ bedeuten teilweise den finanziellen Ruin bzw. machen den Verkauf des Hauses erforderlich, das eigentlich den Lebensabend mit absichern sollte.

Straßenausbaubeiträge werden auch nicht bundeseinheitlich erhoben. Bayern hat die Beiträge zu 2018 abgeschafft; Mecklenburg-Vorpommern schafft sie zu 2020 ab. In Hamburg, Berlin und Baden-Württemberg wurden überhaupt noch keine Beiträge erhoben.

Einzig rechtssichere Lösung (zur Vermeidung hoher Anliegerbeiträge) ist derzeit eine zweckgebundene Erhöhung der Grundsteuer (etwa 5 – 10%). Dies kann der Gemeinderat jederzeit beschließen. Dies sollte allerdings einvernehmlich erfolgen. [EJ/FW]



Gäste und Gastgeber; v.l.: Tibor Herczeg, Oliver Schatta, Martina Sharman, Benno Schünemann, Enrico Jahn, Günter Schmidt

Straßenausbaubeiträge (Gemeindestraßen)

Das wird nach Herrn Herczeg als ungerecht empfunden

- Je nach Maßnahme beträgt der Beitrag für einen Anlieger oft über 10.000€; bis zu 50.000 € und mehr sind möglich und auch vorgekommen
- Anliegerbeiträge sind meist innerhalb von 30 Tagen nach Erlass des Bescheids fällig
- Anwohner an übergeordneten Straßen (Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen) werden nicht mit Kosten für die Fahrbahnerneuerung belastet
- Zuschüsse von Versorgern zum Straßenbau werden nicht auf die Anliegerbeiträge angerechnet
- Straßen halten 30 Jahre oder mehr; es sind daher viele Rentner betroffen, die von Anbeginn in der Straße wohnen und solche Beträge jetzt nicht mehr finanzieren können

- Die Rechtsprechung schützt Verwaltungen weitgehend:
 - Ein konkreter wirtschaftlicher Vorteil durch die Maßnahme für einen Anlieger ist nicht erforderlich; es reicht quasi ein verbesserter Komfort (und der ist immer gegeben)
 - Sobald eine Straße abgeschrieben ist (in Niedersachsen 25 Jahre) kann eine kostenpflichtige Sanierung erfolgen. Anlieger haben kein Mitspracherecht.
 - Der Aufwand für eine Sanierung (und somit die Höhe der Kosten) liegt weitestgehend im Ermessen der Verwaltung

Zu welchen Kosten kann unsere Straßenausbausatzung führen?

Im Zusammenhang mit unserer Anfrage zu den Anliegerbeiträgen der letzten 5 Jahre wurden auch die Plandaten von beitragspflichtigen Erneuerungen bis zum Jahr 2022 bekanntgegeben.

Nr.	Maßnahme	Ortsteil	Gesamtkosten	Anliegerbeiträge	Quote	Plan Beginn
1	Magdeburger Str.	Wahle	110.000 €	77.100 €	70%	2019
2	Kurze Str.	Bettmar	107.000 €	75.000 €	70%	2019
3	Krugstr.	Denstorf	760.000 €	531.000 €	70%	2021
4	Heisterkamp, Kälberanger	Sierße	1.820.000 €	1.010.000 €	55%	2019
5	Im kl. Dorfe	Bodenstedt	29.000 €	15.000 €	52%	2019
6	Kunterstr.	Denstorf	105.000 €	72.000 €	69%	2019
7	Weststr.	Vechelde	244.000 €	171.000 €	70%	2020
8	Südstr.	Vechelde	940.000 €	660.000 €	70%	2019
9	Berliner Str.	Vechelde	450.000 €	315.000 €	70%	2020
10	Ostlandstr. (Teil)	Bodenstedt	341.000 €	225.000 €	66%	2022
11	Bültenweg	Wahle	640.000 €	447.000 €	70%	2020
12	Mölmweg	Wedlenstedt	360.000 €	252.000 €	70%	2021
13	Sack	Denstorf	45.500 €	32.000 €	70%	2019
14	Hindenburgstr. (Nebenanlagen)	Denstorf	240.000 €	120.000 €	50%	2020
		Summen	6.191.500 €	4.002.100 €		

Demnach belaufen sich die Gesamtkosten für die Anlieger auf über 4 Mio. €. Es handelt sich hierbei meist um Schätzungen der Verwaltung. Erst nach der Ausschreibung können die Kosten zutreffender angegeben werden.

Wie hoch die Kosten für den einzelnen Anlieger werden, richtet sich nach Größe des Grundstücks und der Nutzungsart bzw. der Art der Bebauung.

Z.B. kann man bei der Sanierung der Krugstraße (3) von 20 Anliegern ausgehen (s. z.B. OpenStreet). Daraus folgt ein mittlerer Betrag von 26.500€.

Da die Größe und die Nutzung der Grundstücke sehr unterschiedlich sind wird

der individuelle Beitrag voraussichtlich zwischen 15.000 und 45.000 € betragen. [FW]

Aus dem Gemeinderat

Kindergarten-Schließungen: Auf der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Kultur und Sport sollte am 26.02.2019 über den Vorschlag der Verwaltung diskutiert werden, die gemeindeeigenen Kindergärten in den Jahren 2020 – 2022 im August für jeweils 3 Wochen zu schließen. Hintergrund sind die späten Termine der Einschulungen. Während der Übergang vom Kindergarten zur Grundschule noch aussteht, hat bereits der neue Jahrgang Anspruch auf einen Kindergartenplatz. Dies führt zu Kapazitätsproblemen. Nachdem es im Ausschuss kritische Fragen gab, will die Verwaltung noch einmal prüfen, ob auch andere Lösungen als eine Schließung möglich sind. Das Ergebnis der Prüfung soll zu einer der nächsten Sitzungen vorgelegt werden.

In einer Umfrage auf cdu-vechelde.de sprachen sich rd. 80% der Teilnehmer gegen eine Schließung aus. [HWF]

Barrierefreies Vechelde / Signalgeber an den Ampeln: Auf den Antrag der CDU-Fraktion v. 22.02.2019 (Ausrüstung der Fußgängerampeln mit akustischen Signalgebern) reagierte die SPD mit einem Gegenantrag zur allgemeinen barrierefreien Gestaltung öffentlicher Einrichtungen in der Gemeinde. Damit wäre auf Grund der Mehrheitsverhältnisse der CDU-Antrag abgelehnt worden. Nach interner Diskussion konnte man sich auf einen gemeinsamen Antrag einigen, der sowohl konkret den Einbau von Signalgebern als auch die allgemeine Barrierefreiheit umfasst. [UF]

Gemeindeentwicklungsplan: Im Dezember wurde im Rat beschlossen, den Gemeindeentwicklungsplan schrittweise umzusetzen. Im ersten Schritt soll die künftige Baulandstrategie abgestimmt werden. Hierzu soll am 23.4.2019 im Umwelt- & Planungsausschuss ein Strategiepapier vorgelegt werden. [SR]